



Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 26. September 2024

Antrags-Nr. 24-F-16-0015

Führerschein für ehrenamtliche Helfer

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 17.09.2024 -

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Blaulichtbereich - wie bei der Freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten oder dem Technischen Hilfswerk - sind essenziell für die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden. Um dieses Engagement zu fördern und Hürden abzubauen, sollte der Zugang zu einem Führerschein erleichtert werden. Ein kostenloser oder vergünstigter Führerschein würde die Mobilität und Einsatzbereitschaft dieser Ehrenamtlichen stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. ein Konzept zur Einführung eines kostenlosen oder vergünstigten Führerscheins für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Blaulichtbereich zu erarbeiten, das folgende Punkte umfasst:
 - o Definition der Anspruchsberechtigten sowie der erforderlichen Nachweise.
 - o Prüfung verschiedener Modelle zur Bereitstellung eines kostenlosen oder vergünstigten Führerscheins, unter Berücksichtigung möglicher Fördermittel von Land, Bund oder anderen Stellen.
 - o Kooperationen mit Fahrschulen zur Bereitstellung entsprechender Angebote.
2. Möglichkeiten zur Vereinfachung und Digitalisierung der Antragsverfahren zu prüfen, um die Prozesse für Ehrenamtliche zu beschleunigen und bürokratische Hürden abzubauen.

Änderungsantrag der AfD Fraktion vom 23.09.2024 zum Antrag „Führerschein für ehrenamtliche Helfer“ der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 17.09.2024. (24-F-16-0015)

Begründung:

Prozesse müssen generell vereinfacht werden.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen,
den Antrag „Führerschein für ehrenamtliche Helfer“ wie folgt zu ändern.

Antrag BLW/ULW/Wardak	Änderungsantrag AfD
2. Möglichkeiten zur Vereinfachung und Digitalisierung der Antragsverfahren zu prüfen, um die Prozesse für Ehrenamtliche zu beschleunigen und bürokratische Hürden abzubauen.	2. Möglichkeiten zur Vereinfachung und Digitalisierung der Antragsverfahren zu prüfen, um die Prozesse generell zu beschleunigen und bürokratische Hürden abzubauen.

Beschluss Nr. 0332

Der Antrag wird zusammen mit dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 23.09.2024 auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.11.2024 verschoben.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2024

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2024

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister